Abgeordnetenhausberlin

Drucksache 18 / 26 401 Schriftliche Anfrage

18. Wahlperiode

Deni nunche mininge	Sch	riftl	iche	Anfra	ge
---------------------	-----	-------	------	-------	----

des Abgeordneten Sebastian Schlüsselburg (LINKE)

vom 28. Januar 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 29. Januar 2021)

zum Thema:

Verfahren am Sozialgericht Berlin im Jahr 2020

und **Antwort** vom 15. Februar 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 18. Feb. 2021)

Herrn Abgeordneten Sebastian Schlüsselburg (Die Linke) über den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/26401 vom 28. Januar 2021 über Verfahren am Sozialgericht Berlin im Jahr 2020

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie haben sich die Eingangszahlen für Klagen (einschließlich des einstweiligen Rechtsschutzes) am Sozialgericht Berlin seit dem 1.1.2016 entwickelt (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Zu 1.: Die Eingangszahlen für Klagen und Verfahren im einstweiligen Rechtsschutz am Sozialgericht Berlin stellen sich im Jahr 2020 wie folgt dar:

	2020
Eingänge (nach Abzug der Abgaben innerhalb des Gerichts)	21.916

Bezüglich der Jahre 2016 bis 2018 wird auf die Antwort zur Frage 1 der Schriftlichen Anfrage Nr. 18/17579 und bezüglich des Jahrs 2019 auf die Antwort zur Frage 1 der Schriftlichen Anfrage Nr. 18/22180 verwiesen.

- 2. Wie viele der im vorbezeichneten Berichtszeitraum eingegangen Klagen wurden mit welchem Ergebnis erledigt (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?
- Zu 2.: Bezüglich der Jahre 2016 bis 2018 wird auf die Antwort zur Frage 2 der Schriftlichen Anfrage Nr. 18/17579 und bezüglich des Jahrs 2019 auf die Antwort zur Frage 2 der Schriftlichen Anfrage Nr. 18/22180 verwiesen.

Die erledigten Klageverfahren im Jahr 2020 sind beendet worden durch:

Jahr	2020
Erledigungen insgesamt	18.361
Endurteil	1.669
instanzbeendender Gerichtsbescheid	2.468
gerichtlichen Vergleich	676
übereinstimmende Erledigungserklärung	509

angenommenes Anerkenntnis	5.615
Zurücknahme	5.958
Verweisung an ein anderes Sozialgericht	123
Verweisung an ein Gericht einer anderen	101
Gerichtsbarkeit	101
Verbindung mit einer anderen Sache	465
Unterbrechung, Ruhen oder Aussetzung	566
auf sonstige Art	211

Die erledigten Verfahren im einstweiligen Rechtsschutz sind beendet worden durch:

Jahr	2020
Erledigungen insgesamt	3.251
Beschluss	1.635
gerichtlicher Vergleich	9
Übereinstimmende Erledigungserklärung	41
angenommenes Anerkenntnis	1.012
Zurücknahme	464
Verweisung an ein anderes Sozialgericht	14
Verweisung an ein Gericht einer anderen	26
Gerichtsbarkeit	
Verbindung mit einer anderen Sache	2
Unterbrechung, Ruhen oder Aussetzung	0
auf sonstige Art	48

^{3.} Wie lang war im vorbezeichneten Berichtszeitraum differenziert nach Klagen und einstweiligem Rechtsschutz die durchschnittliche Verfahrensdauer (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Zu 3.: Bezüglich der Jahre 2016 bis 2018 wird auf die Antwort zur Frage 3 der Schriftlichen Anfrage Nr. 18/17579 und bezüglich des Jahrs 2019 auf die Antwort zur Frage 3 der Schriftlichen Anfrage Nr. 18/22180 verwiesen.

Die durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten stellt sich in Klageverfahren und Verfahren über den einstweiligen Rechtsschutz für 2020 wie folgt dar:

	2020
Klageverfahren	15,9
Einstweiliger Rechtsschutz	1,0

^{4.} Wie verteilten sich die seit dem 1.1.2016 insgesamt anhängigen Verfahren auf die einzelnen Fachgebiete gem. § 1 des Geschäftsverteilungsplans des Sozialgerichts Berlin?

Zu 4.: Bezüglich der Jahre 2016 bis 2018 wird auf die Antwort zur Frage 4 der Schriftlichen Anfrage Nr. 18/17579 und bezüglich des Bestands am 01.01.2019 sowie am 01.01.2020 auf die Antwort zur Frage 4 der Schriftlichen Anfrage Nr. 18/22180 verwiesen.

Ausweislich der Auswertung des Aktenverwaltungssystems des Sozialgerichts sind die anhängigen Verfahren der einzelnen Fachgebiete gemäß § 1 des Geschäftsverteilungsplans des Sozialgerichts am 01.01.2021 der der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen:

Fachkammer und Fachgebiete	Bestand 01.01.2021
Rentenversicherung und Altersversicherung der Landwirte	4.371
Vertragsarztrecht	275
Krankenversicherung	4.949
Pflegeversicherung	889
Unfallversicherung	890
Arbeitsförderung einschließlich der übrigen Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit	1.606
Grundsicherung für Arbeitsuchende	13.181
Soziales Entschädigungsrecht	279
Sozialhilfe einschließlich der Angelegenheiten nach Teil 2 des Sozialgesetzbuch IX (SGB IX) in der ab dem 1. Januar 2018 geltenden Fassung sowie des Asylbewerberleistungsgesetzes	1.887
Schwerbehindertenrecht	2.938
sozialrechtliches Kindergeld, des Erziehungs- bzw. Elterngeldes	86
Kostenrecht	1.259
ehrenamtliche Richterinnen und Richter	3
Ausschließung und Ablehnung von Gerichtspersonen	96
sonstige Rechtssachen	40

5. Wie verteilten sich davon die im Jahr 2018 neu anhängig gewordenen Verfahren auf die einzelnen Fachgebiete gem. § 1 des Geschäftsverteilungsplans des Sozialgerichts Berlin?

Zu 5.: Es wird auf die Antwort zur Frage 5 der Schriftlichen Anfrage Nr. 18/17579 verwiesen.

6. Wie hoch waren die durchschnittlichen (Voll-)Kosten je Verfahren (ohne Personalkosten für richterlichen Dienst) in den Jahren 2016, 2017, 2018, 2019 und 2020?

Zu 6.: Bezüglich der Jahre 2016 bis 2017 wird auf die Antwort zur Frage 6 der Schriftlichen Anfrage Nr. 18/17579 und bezüglich des Jahrs 2018 auf die Antwort zur Frage 6 der Schriftlichen Anfrage Nr. 18/22180 verwiesen.

Die durchschnittlichen (Voll-)Kosten je Verfahren (ohne Personalkosten des richterlichen Personals) sind für die Jahre 2019 bis 2020 der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen:

Kosten- träger- nummer	Kostenträgerbezeichnung	Vollkosten je Verfahren 2019	Vollkosten je Verfahren 2020
	Unfallversicherungssachen (Sozialge-		
79609	richt)	1.257	1.980
	Sachen der Bundesagentur für Arbeit /		
79610	Erziehungsgeldsachen	632	733
	Haupt- und Eilverfahren Sozialgesetz-		
	buch XII (SGB XII) (einschließlich Asyl-		
79626	bewerberleistungsgesetz) (Sozialgericht)	457	438
	Kranken- und Pflegeversicherungssachen		
80311	(Sozialgericht)	359	475

	Rentenversicherungssachen einschl. Ent- wicklungshelfergesetz und NS-Opfer-Ent- schädigung sowie einschl. Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz		
80312	(AAÜG) (Sozialgericht)	1.462	1.574
	Schwerbehinderten-, Versorgungs- und		
80313	Entschädigungssachen (Sozialgericht)	1.221	1.240
	Vertragsarztsachen und sonstige Verfah-		
80314	ren (Sozialgericht)	266	429
	Hauptverfahren in Sozialgesetzbuch II		
	(SGB II) - Angelegenheiten (Sozialge-		
80316	richt)	886	1.235
	Einstweiliger Rechtsschutz in SGB II -		
80317	Angelegenheiten (Sozialgericht)	765	1.019

Die erhöhten Vollkosten im Jahr 2020 sind damit zu erklären, dass eine geringere Anzahl an Eingängen verzeichnet wurden, die konstanten Kosten (wie z.B. Personalkosten) aber bestehen geblieben sind.

7. Für wie viele der vorbezeichneten Verfahren wurde Prozesskostenbeihilfe gewährt und in welcher Gesamthöhe per anno wurde sie in den jeweiligen Jahren gewährt?

Zu 7.: Bezüglich der Jahre 2016 bis 2018 wird auf die Antwort zur Frage 7 der Schriftlichen Anfrage Nr. 18/17579 und bezüglich des Jahrs 2019 auf die Antwort zur Frage 7 der Schriftlichen Anfrage Nr. 18/22180 verwiesen.

Die Anzahl der Prozesskostenhilfeentscheidungen in Klageverfahren und Verfahren über den einstweiligen Rechtsschutz stellt sich für das Jahr 2020 wie folgt dar:

	2020
Anzahl der Prozesskostenhil- feentscheidungen Insgesamt	3.954
davon: Bewilligung	2.960

Die Höhe der gewährten Prozesskostenhilfe (PKH) stellt sich für 2020 wie folgt dar:

	2020
Höhe gewährte PKH	1.464.816,95 Euro

8. Was waren im Berichtszeitraum die fünf häufigsten Klagegründe (bitte nach Jahren aufschlüsseln unter Angabe der entsprechenden Fallzahlen)?

Zu 8.: Die fünf häufigsten Klagegründe betrafen im Jahr 2020 in abnehmender Reihenfolge die folgenden Sachgebiete:

Angelegenheiten der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) mit insgesamt 9.229 Fällen, Krankenversicherung mit insgesamt 2.963 Fällen, Rentenversicherung und Altersversicherung der Landwirte mit insgesamt 2.517 Fällen, Sozialhilfe einschließlich der Angelegenheiten nach Teil 2 des SGB IX in der ab dem 1. Januar 2018 geltenden Fassung

sowie des Asylbewerberleistungsgesetzes mit insgesamt 2.011 Fällen und Angelegenheiten des Schwerbehindertenrechts mit insgesamt 1.804 Fällen.

Eine weitere Aufschlüsselung nach den in den einzelnen Sachgebieten anhängig gemachten Streitgegenständen ist nach den am Sozialgericht Berlin geführten Statistiken nicht möglich.

Bezüglich der Jahre 2016 bis 2019 wird auf die Antwort zur Frage 8 der Schriftlichen Anfrage Nr. 18/22180 verwiesen.

9. Wie viele Verfahren waren im Berichtszeitraum jeweils per 31.12. eines Jahres unerledigt?

Zu 9.: Bezüglich der Jahre 2016 bis 2018 wird auf die Antwort zur Frage 9 der der Schriftlichen Anfrage Nr. 18/17579 und bezüglich des Jahrs 2019 auf die Antwort zur Frage 9 der Schriftlichen Anfrage Nr. 18/22180 verwiesen.

Der Bestand an Klagen und Verfahren über den einstweiligen Rechtsschutz am Sozialgericht Berlin stellt für das Jahr 2020 wie folgt dar:

	2020
Unerledigt	31.385

10. Wie viele Verfahren wurden im Berichtszeitraum durchschnittlich pro Richter/in-Stelle in dem jeweiligen Jahr bearbeitet?

Zu 10.: Bezüglich der Jahre 2016 bis 2018 wird auf die Antwort zur Frage 10 der der Schriftlichen Anfrage Nr. 18/17579 und bezüglich des Jahrs 2019 auf die Antwort zur Frage 10 der Schriftlichen Anfrage Nr. 18/22180 verwiesen. Die durchschnittliche Anzahl der Verfahren je Richterin bzw. Richter am Sozialgericht Berlin stellt sich für 2020 wie folgt dar:

	2020
Eingänge je Richterin bzw. Richter	214,1

11. Wie viele Richterstellen welcher Besoldungsgruppe waren im Berichtszeitraum für jeweils welche Dauer unbesetzt (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Zu 11.: Bezüglich der Jahre 2016 bis 2019 wird auf die Antwort zur Frage 11 der Schriftlichen Anfrage Nr. 18/22180 verwiesen.

Im Rahmen einer Dauerausschreibung werden R-Stellen kontinuierlich nachbesetzt. Im Berichtszeitraum 2020 waren zum Stichtag 31. Dezember alle R-Stellen besetzt.

Berlin, den 15. Februar 2021

In Vertretung

Dr. Brückner Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung